



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Staatliche Ernährungslenkung ist zum Scheitern verurteilt»

Referat von Ständerätin Petra Gössi, Präsidentin der Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Lebensmittelwirtschaft verbindet Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsumentinnen und Konsumenten. Jeden Tag arbeiten Tausende Unternehmen daran, hochwertige, sichere und nachhaltige Lebensmittel bereitzustellen. Im Zentrum dieser Arbeit stehen die Befriedigung der Nachfrage und die stetige Verbesserung durch Innovation und Weiterentwicklung. Deshalb lehnen wir die Ernährungsinitiative ab.

Der Bundesrat kommt in seiner Botschaft zum Schluss, dass die Ziele der Initiative nur mit weitreichenden Eingriffen in Produktion und Konsum erreicht werden könnten. Damit würde der Staat zunehmend bestimmen, wie Lebensmittel produziert und angeboten werden und wie sich diese zukunftstauglich weiterentwickeln. Das ist nicht der Weg, der die Schweiz stark gemacht hat. Die Initiative setzt also auf staatliche Lenkung und neue gesetzliche Vorgaben in allen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft, des Konsum und Handels. Wir setzen auf Innovation, Markt und Eigenverantwortung. Deshalb lehnen wir die Ernährungsinitiative ab.

Zudem wäre es nicht mit neuen Vorgaben für die inländische Ernährungswirtschaft gemacht. Eine wirksame Umsetzung bedingte massive Einschränkungen im Handel und Verkauf. Damit ist sie auch handelspolitisch riskant und würde unsere bi- und multilateralen Abmachungen in Frage stellen. Ausser Spesen nichts gewesen. So kann man die Folgen zusammenfassen.

Unsere Unternehmen investieren laufend in ressourcenschonende Verfahren, neue Technologien und innovative Produkte. Sie reduzieren Emissionen, verbessern die Kreislaufwirtschaft und entwickeln Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Diese Dynamik entsteht nicht durch staatliche Vorgaben. Sie entsteht durch Forschung, Unternehmertum und Wettbewerb. Die Initiative droht nicht nur diese Dynamik zu bremsen, sie schafft auch neue Unsicherheiten, neue Regulierungen und neue Eingriffe in funktionierende Märkte. Viele der in den letzten Jahren gemachten Investitionen – z.B. in Schlachthöfe - würden mit der Annahme der Initiative faktisch wertlos. Eine staatliche Ernährungslenkung ist zum Scheitern verurteilt. Sie schadet damit nicht nur den Unternehmen, sondern schlussendlich auch den Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir brauchen eine Politik, die Fortschritt ermöglicht statt dirigiert. Eine Politik, die den Konsumentinnen und Konsumenten die Freiheit lässt, selbst zu entscheiden, was sie essen. Eine Politik, die auf Verantwortung der Menschen und ihre Veränderungsbereitschaft vertraut. Darum sagt die fial und ich als FDP-Vertreterin Nein zur Ernährungsinitiative.

Vielen Dank.